



Stippvisite in der Asse

Umweltministerin Hendricks kam, sah und ging wieder. Der Atommüll bleibt bis 2033. Seite 5

NSU-Ankläger bremsen

Opferanwalt sorgt sich um Prozessverlauf, Neonazis reiben sich die Hände. Seite 6

Kunstfälscher

Wolfgang Beltracchi kann Kunst fälschen. Ist das Kunst? Seite 13

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 5. März 2014

69. Jahrgang/Nr. 54

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT

Mehr Utopie bitte!

Stefan Otto über die Benachteiligung von Frauen

In der EU-Studie zur sexuellen Gewalt spiegelt sich der gelebte Herrenwitz wider. Die Zahlen zeigen, wie wenig Gleichbehandlungsvorsätze bislang bewirkt haben. Für Joanna Goodey, die Initiatorin der Untersuchung, ist dies nicht verwunderlich. Denn der Kern des Problems werde viel zu selten thematisiert: dass nämlich Frauen wie eine Minderheit behandelt werden.

Auf dem Arbeitsmarkt sind Frauen seit jeher ausgegrenzt. Noch immer sind Männer ungleich häufiger als Frauen in Vollzeit beschäftigt und weitaus weniger Frauen können von ihrer Arbeit leben. Noch immer trifft vor allem Frauen die Doppelbelastung von Familie und Arbeit. Tausendfach stecken sie zurück und verzichten auf ihr berufliches Vorankommen, arbeiten Teilzeit oder bleiben im Minijob hängen.

Selbst Frauen, die es geschafft haben, klagen über mangelnde Akzeptanz. Doris Dörrie etwa dreht seit 35 Jahren Filme, wurde vielfach ausgezeichnet und beschwert sich noch immer, als Frau im Kulturbetrieb nicht ernst genommen zu werden.

Was fehlt, ist mehr Respekt zwischen den Geschlechtern. Und mehr Gelassenheit. Wie weit die Politik davon entfernt ist, zeigt der mutige Vorstoß von Manuela Schwesig (SPD), die kurz nach ihrem Amtsantritt als Familienministerin vorschlug, für junge Familien eine 32-Stunden-Woche als Vollzeitarbeit anzuzuerkennen, um ihnen mehr Zeit für Kinder einzuräumen. Schwesig wurde abgewatscht. Ihr Vorschlag sei utopisch, hieß es – weil unbezahlbar.

UNTEN LINKS

Vielleicht, lieber **Grüner Pfeil**, denkst du dieser Tage auch daran, wie nahe welthistorischer Triumph und realpolitische Niederlage doch zusammenliegen können. Wir als Ossis kennen uns damit ja ein bisschen aus. Nun zeigt sich: Unsere andere »Wende«, die wir Anfang März 1994 jubelten, als der Westen kapituliert und die realsozialistische Abbiegefreiheit bei roter (!) Ampel in seine kapitalistische Verkehrsordnung aufnahm, ist gescheitert. Der späte Sieg der DDR über die Regeln des motorisierten Klassenfeinds – ist gar keiner. Dein langer Marsch in die alten Länder, Grüner Pfeil, erlahmt, nein: Du bist längst auf dem Rückzug. Immer mehr deiner Brüder und Schwestern werden wieder abmontiert. Aus niederen Gründen wie dem Schutz von Fußgängern. Oder weil die Westdeutschen dich immer noch nicht richtig benutzen können. Und so trotz der rechtsabbiegende Lauf der Geschichte wieder einmal der revolutionären Gesetzmäßigkeit. Nicht einmal ein Grüner Pfeil konnte das verhindern. *tos*

Chávez-Gedenken in der Krise

Venezuelas Präsident Maduro verfügt Feierlichkeit nach dem Karneval



Hugo Chávez, der ewige Kommandant – Demonstration von seinen Anhängern

Foto: dpa/Santi Donaire

Berlin. Unterversorgung, hohe Inflation und hohe Kriminalität: Auf diese drei Hauptprobleme können sich die Venezolaner weitgehend einigen. Viel mehr Einigkeit ist ein Jahr nach dem Tod von Hugo Chávez jedoch nicht festzustellen. Chávez, der von 1999 bis 2013 als mehrfach gewählter Präsident die zentrale Figur der sogenannten bolivarianischen Revolution verkörperte, starb am 5. März letzten Jahres an einem Krebsleiden.

Für die venezolanische Hauptstadt und darüber hinaus hat sein Nachfolger Nicolás Maduro zehntägige Feierlichkeiten angesetzt, um sein großes Vorbild zu ehren. Wie die verlan-

gerten Karnevals-Feiertage ist es ein weiterer Versuch des Präsidenten, die Lage im Land zu beruhigen. Doch die Opposition geht nach wie vor auf die Straßen. Auch am Rosenmontag kam es in zahlreichen Städten zu Protestkundgebungen. Die Proteste halten seit Wochen an und erlebten am »Tag der Jugend« am 12. Februar, eigentlich ein Feiertag, mit mehreren Toten den bisherigen traurigen Höhepunkt. Insgesamt sind bisher 18 Menschen unter meist ungeklärten Umständen ums Leben gekommen.

Hugo Chávez war neben Kubas Revolutionsführer Fidel Castro die Leitfigur der Lin-

ken Lateinamerikas. Der frühere Oberstleutnant stemmte sich Ende der 1990er Jahre in Venezuela gegen eine korrupte Elite-Regierung, die die Armen noch ärmer machte und sich wenig um echte Demokratie scherte. Das änderte sich unter Chávez, der 14 Jahre lang von Wahlsieg zu Wahlsieg eilte. Nie in Venezuelas Geschichte war die Möglichkeit der konsumtiven und politischen Teilhabe für die Marginalisierten so groß wie in den Jahren seiner Präsidentschaft. Das führte zu einer massiven Politisierung der Bevölkerung, die nach wie vor anhält – auf beiden Seiten. Chávez' Erbe steht derzeit auf dem Spiel. *ml* Seite 2

Kontaktgruppe statt Truppenmanöver

Putin versichert: Bisher kein Einsatz der Streitkräfte gegen Ukraine / Gazprom treibt Schulden ein

Russlands Oberbefehlshaber Putin holte am Dienstag seine Manövertruppen zurück und zeigte sich offen für eine »Kontaktgruppe« zum Dialog.

Von Klaus Joachim Herrmann

Russlands Oberbefehlshaber Wladimir Putin befahl am Dienstag seine Manövertruppen zurück in die Stützpunkte und erteilte einem Einsatz der Streitkräfte im Konflikt mit der Ukraine eine Absage. Bisher gebe es keine solche Notwendigkeit. »Russland hat keine Absicht, Krieg gegen das ukrainische Volk zu führen.«

Offen zeigte sich Präsident Putin in einer im russischen Fernsehen übertragenen Pressekonferenz für den deutschen Vorschlag einer internationalen Kontaktgruppe. »Im Prinzip ist das möglich«, sagte Putin. Außenminister Sergej Lawrow sei dazu im Gespräch insbesondere mit seinem deutschen Kollegen Frank-Walter

Steinmeier. Der warnte in der Ukraine-Krise vor Überreaktionen. Er »hoffe sehr, dass sich jeder seiner Verantwortung bewusst ist.«

Für Beruhigung an den Finanzmärkten sorgte die Feststellung Putins, es sei keine Annexion der zur Ukraine gehörenden Halbinsel Krim beabsichtigt. Sie steht nach Ansicht von Beobachtern allerdings völlig unter operativer russischer Kontrolle. Militärische Gruppierungen werden dabei als »Selbstverteidigungskräfte« der prussischen Führung der Halbinsel bezeichnet.

In Kiew machte Übergangsprämier Arseni Jazenjuk erneut Viktor Janukowitsch für den Bruch des Abkommens mit der Opposition verantwortlich. Er informierte darüber, dass das Sprachengesetz weiter in Kraft sei und derzeit lediglich überarbeitet werde. Insbesondere die Abschaffung der Möglichkeit, Russisch zur zweiten Amtssprache zu erklären, hatte im Süden und Os-

ten der Ukraine starke Proteste ausgelöst.

Gegenüber Kiew machte Russland am selben Tag Außenstände geltend. Die Ukraine könne ihre

»Russland hat keine Absicht, Krieg gegen das ukrainische Volk zu führen.«

Wladimir Putin, Präsident Russlands

Februarrechnung für Gas nicht zahlen und stehe mit exakt 1,529 Milliarden US-Dollar in der Kreide, sagte der Chef des russischen Gasmonopolisten Gazprom, Alexej Miller. Der zuletzt gewährte 30-Prozent-Rabatt falle deshalb weg. So muss die Ukraine von April an wieder 400 Dollar statt 268,5 Dollar pro 1000 Kubikmeter Gas zahlen. Washington kün-

digte eine Milliarde US-Dollar (726 Millionen Euro) Kredithilfen für die Energieversorgung an. Die aktuellen Zahlungsverpflichtungen der Ukraine sollen sich auf mehr als 130 Milliarden US-Dollar belaufen.

In einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates hatte am Vorabend der russische UNO-Botschafter Vitali Tschurkin das Vorgehen Moskaus gegenüber der Ukraine mit einem Hilfesuchen des Präsidenten Viktor Janukowitsch vom 1. März begründet. Tschurkin präsentierte die Fotokopie einer schriftlichen Bitte um den Einsatz russischer Streitkräfte. Wie der Botschafter weiterhin informierte, dürfe Russland vertragsgemäß 25 000 Mann auf der Krim stationieren.

Die ukrainischen Städte Cherson, Nikolajew und Odessa wollen sich der Krim anschließen. Darüber informierte die Agentur RIA/Novosti. *Mit Agenturen*

Seiten 4, 7 und 19

Jede dritte Frau Opfer von Gewalt

EU-Grundrechteagentur legt Untersuchungsbericht vor

Wien. Ein Drittel aller Frauen in der Europäischen Union hat körperliche oder sexuelle Gewalt erlebt. Das geht aus einem Bericht der in Wien ansässigen EU-Agentur für Grundrechte (FRA) hervor. Demnach wurden fünf Prozent der 62 Millionen Opfer vergewaltigt. Unerwünschten Annäherungsversuchen, sexistischen Witzen oder Stalking waren der Studie zufolge geschätzt sogar zwischen 83 und 102 Millionen Frauen ausgesetzt. Die Untersuchung hatte erstmals auch die Bereiche Internet und soziale Medien erfasst und soll eine belastbare Datenbasis für politische und andere Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen liefern.

Offiziell wird die Erhebung »Gewalt gegen Frauen« am Mittwoch in Brüssel gemeinsam von der Grundrechteagentur und der griechischen EU-Ratspräsidentschaft vorgestellt. Die FRA hatte im Jahr 2012 insgesamt 42 000 Frauen ab 18 Jahren in allen damals 27 EU-Mitgliedstaaten und in Kroatien befragt und damit die bislang umfassendste Bestandsaufnahme zur Gewalt gegen Frauen erstellt.

Für die Grünen-Politikerin Barbara Lochbihler sind die Ergebnisse der Umfrage erschreckend: »Sowohl das Ausmaß an Gewalt als auch die Tatsache, dass die betroffenen Frauen selten Hilfsangebote annehmen und juristisch gegen die Täter vorgehen, halte ich für frapierend«, so die Vorsitzende des Unterausschusses für Menschenrechte im Europaparlament gegenüber »nd«. »Obwohl wir in Europa schon lange über Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung reden, kann dieses Phänomen offensichtlich schwer bekämpft werden und geht kaum zurück.«

Um Fragen der sozialen Gleichstellung in Deutschland ging es dagegen in einer am Dienstag vorgelegten Analyse des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden. Während im Jahr 1996 insgesamt 39 Prozent der Frauen überwiegend von ihrer eigenen Erwerbstätigkeit lebten, waren es 2012 bereits 45 Prozent. Die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung verwies jedoch darauf, dass Frauen nach wie vor einer Doppelbelastung durch Beruf und Haushalt ausgesetzt seien und überproportional in Teilzeit tätig. *sat* Seite 6

KURZ

NATO-Konvoi attackiert

Peshawar. Beim Angriff auf einen NATO-Nachschubkonvoi in Pakistan sind am Dienstag mindestens zwei Menschen getötet worden. Die vier Lastwagen seien an der Grenze zu Afghanistan von vier Bewaffneten auf Motorrädern attackiert worden, sagte ein Behördenvertreter. Bei der Attacke in der Region Jamrud im Stammesbezirk Khyber seien zwei Hilfskräfte getötet und zwei weitere Personen verletzt worden. *AFP/nd*

Luftangriff im Gaza-Streifen

Gaza. Bei einem israelischen Luftangriff im Gaza-Streifen sind zwei Palästinenser getötet und zwei weitere verletzt worden. Ein israelischer Armeesprecher sagte, der Angriff habe einer Vorrichtung zum Abschuss von Raketen gegolten. *AFP/nd*

Lesen Sie heute im Ratgeber

Bundesweit ab 1. April 2014
Theorie-Führerscheinprüfung mit Videosequenzen am PC

Wohnungsrückgabe
Was muss der Mieter alles tun?

Einkommensteuererklärung
Abgabe erst am 2. Juni 2014

ISSN 0323-3375

